

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

11/63

Hannover, 8. August 1947

Die besondere Seite wird uns geschrieben:

## Ist Englands Krise eine Krise des Sozialismus?

In Gesprächen mit Nichtsozialisten stösst man immer wieder auf diese Frage. Teils glauben diese Kreise selbst, dass es so sei, teils sind sie nach dem agitatorischen Charakter ihrer entsprechenden Behauptung bewusst. Es wird auch auf einen Mann wie Churchill zutreffen, der viel zu klug ist, als dass er die internationalen Zusammenhänge und Ursachen der englischen Schwierigkeiten übersehen könnte. Aber er nutzt die parteipolitische Chance, die ihm die augenblickliche Schwäche des Gegners gibt, nach Kräften aus, wenn auch ein Rest von Fairness und Ehrlichkeit seiner Partei davon abzuhalten scheint, in der Kritik bis zur äussersten Konsequenz zu gehen. So war es sehr bezeichnend, dass Eden zwar zunächst gegen die Kurzfristigkeit Einspruch erhob, mit der die neuen Regierungsvollmachten durchgesetzt werden sollen, dann aber andeutete, dass eine Unterstützung auch durch die Opposition durchaus möglich sei. So könnte die konservative Partei nicht verfahren wenn sie im tiefsten Grunde der Ansicht wäre, dass zuletzt die Unfähigkeit der Labour-Regierung die gegenwärtige Notlage Englands verschuldet habe.

Wo liegen die eigentlichen Ursachen? Der Krieg und seine Folgen haben Englands Kräfte, die Kräfte eines Landes mit nur wenig über 40 Millionen Einwohnern, aufgezehrt. England ist trotz des Kanale ein Teil Europas, und Europa, in erster Linie wieder sein Mittelstück Deutschland, liegen am Boden und ziehen England nach. Die wirtschaftliche Unteilbarkeit Europas hätte nicht schlagender als durch die englische Krise bewiesen werden können. Sie hat ihren Ursprung in der internationalen Verflechtung von allgemeiner Deorganisation und allgemeiner Not, sie liegt ausserhalb des Bereiches eines einzelnen Landes. Gemessen an dem ungeheuren Grad der Vernichtung durch den Krieg ist diese Krise nicht grösser, sondern eher geringer als die Weltkrise vor anderthalb Jahrzehnten, die um sich griff, ohne dass damals eine einzige Bombe gefallen, eine einzige Fabrik zerstört, eine einzige kriegsmässige Gewalttätigkeit begangen worden wäre. Damals war es das kapitalistische System, unter dem die USA in seine bis dahin schwerste Wirtschaftskrise geriet, eine Krise, die von dort aus dann ebenfalls nach den Gesetzen der internationalen Wirtschaftsverflechtung auf die anderen Kontinente übergriff.

Heute kann man geradezu den Grad der Not einer Volkswirtschaft an dem Umfang ablesen, in dem das betreffende Land durch den Krieg Schaden erlitt. Das seit langen Jahren sozialdemokratisch geleitete, durch keinen Krieg aber verschonte Schweden zum Beispiel, ist heute relativ krisenfest. Umgekehrt ist die gegenwärtige Wirtschaftsstärke der USA gewiss kein Beweis der

absoluten Stärke des kapitalistischen Systems, sondern nur eine natürliche Folge der Tatsache, dass das riesige Reich zwischen den Ozeanen zwar seine Schlachten schlug und seine Opfer brachte, aber seine ungeheuren natürlichen Reichtümer ungestört von äusseren Einwirkungen und unmittelbaren Kriegseinflüssen erhalten und entfalten konnte.

Der demokratische Sozialismus der Labour Party befindet sich heute vergleichsweise in einer ähnlichen Lage wie die Demokratie in Deutschland. Wie diese die Erbschaft des Nationalsozialismus und des verlorenen Krieges zu übernehmen hatte, und an dieser ungeheuren Last fast zusammenbrechen dreht, so haben die englische Arbeiterpartei und ihre Regierung die Erbschaft eines verfehlten Wirtschaftssystems, eben des Kapitalismus, und die weitere eines zwar formal gewonnenen, aber ungeheuer kostspieligen und verlustreichen Krieges zu tragen und werden dadurch an den Rand einer Wirtschaftskatastrophe gebracht. Die englische Krise erklärt sich ausserdem einfach aus dem Widerspruch zwischen den Aufgaben, die sich für England aus der internationalen Gesamtlage und seinen Verpflichtungen auf der einen und den geringen verbliebenen Kräften ergeben, über die das Land noch verfügt, nachdem es am Kriege fast verblutete. Die Tatsache, dass England es im Kriege in mancher Hinsicht besser gehabt hat als heute, ist kein Gegenbeweis. Wäre sie es, dann müsste man auch gelten lassen, dass das nationalsozialistische Regime, das den Deutschen selbst im Kriege mehr zu essen gab, als ihnen heute zur Verfügung steht, besser gewesen sei, nur weil es aus fremden Volkswirtschaften die ihm fehlenden Zufuhren zusammenraubte, so wie England sie auf dem vertraglichen Wege einer fast grenzenlosen Kriegshilfe durch Pacht und Leih und auf anderen Wegen erhielt. Die heutige Kapitalhilfe durch die Milliarden-Dollaranleihe im vorigen Jahr ist kein Ersatz dafür, zumal die inzwischen um 25 bis 30 Prozent gestiegenen Weltmarktpreise diese Anleihe inzwischen entsprechend entwertet haben.

Der Labour-Regierung mögen bei ihrem Programm Fehler unterlaufen sein. Dass sie nicht entscheidend gewesen sein können, zeigt sich schon darin, dass sie in England selbst ganz verschieden bewertet worden: die einen sind der Ansicht, der sozialistische Kurs sei zu zaghaft, die anderen, er sei zu entschieden gesteuert worden.

Überall aber, ob in England oder sonstwo in Europa, bleibt sozialistische Wirtschaftspolitik eine nationalpolitische und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. In ihr liegt die einzige Möglichkeit, eine Jahrzehnte alte soziale und ökonomische Rückständigkeit auszugleichen. Sie wird - nicht nur in England - gehemmt durch die Schwäche des betreffenden Landes im Rahmen des grossen internationalen Kräftespiels und durch das zeitweilige Erstarken rückständiger Elemente. Die englische Krise ist eine grosse Bewährungsprobe des demokratischen Sozialismus. Dass er sie in einer Zeit härtester Bedrängnis fast der ganzen Welt ablegen muss, mag im Augenblick besonders bitter erscheinen, hat aber sicher das Gute für sich, dass damit der erhöhte Anreiz zur Entwicklung aller in dieser grossen Bewegung liegenden Kräfte gegeben ist. Besteht Europa, mit Labour als Schrittmacher, diese Probe, dann hat das sozialistisch-demokratische Prinzip sich zumindest in unserem Erdteil für absehbare Zeit durchgesetzt.

Vorfassungen fehlenZur staatsrechtlichen Situation in der britischen Zone  
Von Robert Botzat

Schon im November 1946 gab sich Württemberg-Baden als erstes deutsches Land eine Verfassung, einige Wochen später folgten die anderen Länder der amerikanischen Zone. In dem britisch-besetzten Teil Deutschlands sind zwei Jahre nach der Beseitigung der Diktatur, die übrigens eine geschriebene Verfassung nicht kannte, noch keine Staatsgrundgesetze vorhanden, die eine Voraussetzung des demokratischen Systems sind.

Selbstverständlich ist eine geschriebene Verfassung nur ein Anfang, denn wichtiger ist es, wie sehr der Geist der Demokratie, der in einer solchen Verfassung spürbar sein soll, das Volksganze erfüllt und in der Wirklichkeit betätigt werden kann. Da Deutschland in irgendeiner Weise gegliedert werden muss, haben es sowohl die Militärregierungen, als auch ein Grossteil der Deutschen für richtig befunden, Länder zu schaffen. Das Rückgrat aber eines Landes ist die Verfassung, in der ein politischer Wille seiner Bevölkerung zum Ausdruck kommt.

Der Einwand, nicht die geschriebene Verfassung garantiere die Demokratie ist richtig. Man bedenke aber, dass er nur dort voll gilt, wo eine sehr alte parlamentarische Tradition besteht - wie z.B. in England. Alle anderen Demokratien dieser Erde sind ohne festformulierte Staatsgrundsätze bisher nicht ausgekommen. Wer aber darauf hinweist, dass die heutige Zeit andere Nöte als die einer geschriebenen Verfassung kennt, sollte nicht vergessen, wie sehr manche Schwierigkeiten aus der Tatsache eines eigentlich gesetzlosen Zustandes resultieren. Die vielen unfruchtbareren Diskussionen zwischen den Regierungen und den Parlamenten werden in dem Augenblick vermindert, wo der Legislative und der Exekutive klare Richtlinien gegeben sind. Wer die Landtagsberichte der amerikanischen mit denen der britischen Zone vergleicht, wird die Feststellung machen, dass man in Süddeutschland das Stadium des Streites um Formalitäten weit mehr als im Norden überwunden hat und der Süden im Grossen und Ganzen mit der Erledigung von Fragen praktischer Bedeutung beschäftigt ist.

Von skeptischen Naturen wird ausserdem bezweifelt, dass die Länderverfassungen jemals voll wirksam werden könnten, da sich die Militärregierungen das Entscheidungsrecht in allen wichtigen staatsrechtlichen Fragen vorbehalten haben. Tatsächlich ist anzunehmen, dass noch einige Zeit verstreichen wird, bis die politische Gewalt auf deutsche Stellen übergeht. Man darf aber nicht jene Stimmen des englischen Parlaments unterschätzen, die immer dringlicher verlangen, man solle den deutschen Beauftragten auch die letzten politischen Rechte zurückgeben und sich auf eine bestimmte Kontrolle beschränken.

Die Länder der britischen Zone sind zu Mostiken zusammengefügt worden, deren Farbigkeit sich in einer Vielfalt von alten und neuen Verordnungen widerspiegelt. Das Dickicht der Gesetze, der überlieferten Anschauungen und teilweise gegeneinander laufenden Bestimmungen hat innerhalb dieser Länder zu einer Rechtezersplitterung geführt, die die allgemeine

Lähmung von Wirtschaft und Verkehr nicht verringerte. Um aus der Fülle der Unklarheiten nur eine herauszugreifen: die Frage der Stellung der Länder zu einem künftigen Deutschland. Keine Verfassung wird um ihre Beantwortung herumkommen. In den Ländern der britischen Zone denkt man zwar ziemlich einheitlich darüber. Trotzdem sollte aber möglichst bald die Form gesetzmässig bestimmt werden, damit dem Willen der deutschen Bevölkerung klar Ausdruck gegeben wird.

Die Grundrechte und Grundpflichten der Menschen sind die Fundamente der Demokratie. Zu ihnen gehören die Bereiche der Familie, der Religion, der Erziehung und schliesslich die der Sozial- und Wirtschaftsordnung. Es ist absolut notwendig, der Bevölkerung hierüber endlich eine Urkunde in die Hand zu geben, wie es ebenso dringlich wird, die Grundlagen der Staatsordnung festzulegen, zu denen die Kompetenzen der Landtage und der Regierungen gehören und in denen die Aufgaben der Gesetzgebung, der Rechtspflege, der Verwaltung und des Finanzwesens gesetzlich verankert sind.

Es ist somit an die Parlamente und Regierungen der britischen Zone verstärkt die Forderung zu richten, der Bevölkerung endlich Verfassungen vorzulegen, nicht zuletzt, um den Vorsprung Süddeutschlands in der demokratischen Entwicklung auszugleichen, auch wenn dieser Vorsprung, wie sich an der süddeutschen Praxis zeigt, nur formalen Charakter hat. (m/B9/78/1/h)

#### ----- Oppositionsführer besoldet

(Von unserem Mitarbeiter)

-r Kiel, Anfang August

Die Besoldung des parlamentarischen Oppositionsführers mit einer monatlichen Dienstaufwandsentschädigung von 600,-- RM, beschloss der Schleswig-Holsteinische Landtag. Damit wird eine interessante Neuerung im deutschen Parlamentsleben eingeführt. Diese Besoldung soll nach dem Landtagsbeschluss "in Anerkennung der mit dieser Tätigkeit verbundenen staatspolitischen Verantwortung und in Anbetracht der sich aus der besonderen Stellung ergebenden erhöhten Aufwendung" erfolgen. In der Begründung heisst es: die fortschreitende parlamentarische Praxis habe ergeben, dass neben den Sitzungen des Landtagspräsidiums und des Ältestenrates die Arbeit der Fraktionen eine starke Bedeutung gewonnen habe. Ihre Vorbereitung und Durchführung liegt in den Händen der Fraktionsführer, die damit eine Funktion von erheblicher politischer Tragweite ausüben. Der Führer der Opposition sei hierbei mit der besonderen Verantwortung betraut. - Zur Zeit handelt es sich in Schleswig-Holstein um den der CDU angehörenden Oppositionsführer Studienrat i.R. Carl Schröter. (b/B48/78/1/ke)

#### ----- Bäuerliche Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein

(Von unserem Mitarbeiter)

-r Kiel, Anfang August

Der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Arp hat mit Genehmigung der Militärregierung für Schleswig-Holstein nach der endlich erfolgten An-

lösung der Reichsnährstands-Organisationen eine Verordnung zur Bildung einer Landesbauernkammer erlassen. Wichtig ist neben dem äußeren demokratischen Aufbau der Bauernvertretungen in Form der Landesbauernkammer, der Kreisbauernkammern, der Bezirksbauernräte und der Ortsbauernräte die gesetzlich festgelegte enge Zusammenarbeit mit allen Behörden und Organisationen der Landwirtschaft und des Ernährungswesens. Die Bauernkammern sollen der Wahrnehmung der Wirtschaftsinteressen aller landwirtschaftlichen Berufsgruppen dienen und stellen die einzige anerkannte fachliche Vertretung der Landwirtschaft, der Bauern, der landwirtschaftlichen Arbeiter und landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. dar. In allen Organisationen der bäuerlichen Selbstverwaltung sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten.

Die Landesbauernkammer Schleswig-Holstein wird 68 Mitglieder umfassen, darunter 21 Bauern und 21 Landarbeiter, ferner Vertreter der Genossenschaften, der Wissenschaft, der Fischereien und Kleingärtnerien, und der Hausfrauen. Auf überparteilicher Grundlage wird hier eine echte Wirtschaftsdemokratie geschaffen, die der bäuerlichen Selbsthilfe dient und im Interesse der Steigerung der Erzeugung die vom Landtag bereits beschlossene Agrar- und Bodenreform vorbereiten wird. Ein Ziel der bäuerlichen Selbstverwaltung ist auch die Stärkung des Kleinbauerntums und des landwirtschaftlichen Siedlungswesens. Damit wird ein wesentlicher Teil sozialdemokratischer Agrarpolitik in einem deutschen Lande der Verwirklichung näher gebracht. (b/B48/78/1/hs)

#### Deutsche Falken in Dänemark

(Von unserem Kopenhagener Korrespondenten)

K.R. Kopenhagen, Ende Juli 1947

Als erstes der früher vom Nazideutschland okkupierten Länder hat Dänemark seine Grenzen wieder für Deutsche geöffnet und damit seine menschliche und humanitäre Tradition von neuem bewiesen. Zwanzig junge Falken waren fast 14 Tage lang Gäste der D.S.U., der Sozialdemokratischen Jugendorganisation Dänemarks.

Eigentlich sollten diese Jungen und Mädchen an dem ersten Internationalen Zeltlager teilnehmen, das die sozialdemokratische Jugend in Bellahøj, einem wunderschönen Platz mitten in Kopenhagen, veranstaltete. Aber Pass- und Visumschwierigkeiten verhinderten das rechtzeitige Eintreffen. Aber deshalb war ihre Reise doch nicht vergebens. Die Jungen und Mädchen wurden bei dänischen Genossen und deutschen sozialdemokratischen Emigranten in Privatquartieren untergebracht und genossen das Leben in Kopenhagen in vollen Zügen. Diese deutschen Jungen und Mädchen, die nun seit Jahren hungern, konnten sich einmal wieder richtig sattessen und an Dingen erfreuen, die ihnen fast unbekannt geworden sind. Schon die Reise in den sauberen und ordentlichen dänischen Zügen und das Bekanntwerden mit der schönen Stadt Kopenhagen war für sie ein Erlebnis, erhebend, aber auch wieder schmerzlich in der Nachwirkung, wenn sie ihre heimlichen Trümmernstädte Hannover und Hanau, aus denen die meisten stammten, zurückgekehrt sein werden.

Sie hatten in diesen Tagen Gelegenheit, verschiedene Einrichtungen der dänischen Arbeiterorganisationen, Genossenschaften, zu besuchen und zusammen zu sein mit dänischen Jugendgenossen bei Fest und Gesang, bei Kaffee und Kuchen. Sie fuhren an einem Tage mit dem Autobus hinaus in die sommerlichen Gefilde Seelands und waren Gäste in einem Zeltlager der dänischen roten Falken. Sie haben sicher sehr viel erlebt und durch ihr Zusammensein mit den Kopenhagenern viel gelernt und ihren Horizont erweitert. Es waren frische Jungs und Mädels, die das Beste, was immer die sozialdemokratische deutsche Jugendbewegung aufzuweisen hatte, in sich verkörperten. Sie haben einen guten Eindruck hinterlassen.

Man hat im Auslande in den letzten Jahren mit berechtigter Sorge um das Schicksal der deutschen Jugend gebangt, die 13 Jahre lang unter dem Einfluss der Hitlerjugend und der Nazis gestanden hat. Und nun konnte man feststellen, dass diese Vertreter der Falken nichts mehr vom Nazigeist in sich hatten, sondern dass sie, wie mir einer der Leiter der dänischen jungen Sozialdemokraten sagte, sich in nichts von denen anderer Nationen unterscheiden, es sei denn durch die Sprache.

Bei der Abschiedsfeier, die der dänische Jugendverband für die jungen Falken veranstaltete, brachte das auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Jugend, der zugleich der Generalsekretär der neuen Jugend-Internationale ist, Peer Hækkerup, zum Ausdruck. Er bat die jungen Falken, Grüße zu überbringen an ihre deutschen Genossen in Deutschland und ihnen zu sagen, man baue auf sie und erwarte von ihnen, dass sie ein neues demokratisches Deutschland aufbauen helfen, vor dem die Nachbarstaaten sich nicht mehr zu fürchten brauchten. Die beste Gewähr für den dauernden Frieden Europas sei ein Deutschland, in dem die Sozialdemokratie einen vorherrschenden Einfluss habe. Peer Hækkerup gab der Hoffnung Ausdruck, dass diesem ersten Besuch deutscher Falken weitere folgen mögen und dass auch dänische Falken und junge Sozialdemokraten nach Deutschland reisen können, um dort an Ort und Stelle zu sehen, wie ihre deutschen Genossen arbeiten und mit ihnen neue Bande der Freundschaft knüpfen. (b/A76/88/1/ha)

-----  
Mit englischen Augen

-----  
"Ich bin gerade wieder von einer vierwöchigen Vortragstreise aus Deutschland zurückgekehrt und wieder habe ich das Gefühl, als ob ich eine Tragödie gesehen oder eine trauervolle, aber gewaltige Symphonie gehört hätte. Eines aber weiss ich sicher: Deutschland ist in seiner Niederlage grösser, als jemals in den Jahren seines vergänglichen militärischen "Ruhmes". Die Tapferkeit der Deutschen, ihr geduldiger Fleiss, das erstaunliche Mass an Reinlichkeit und Selbstachtung unter erschütternden Schwierigkeiten, wird noch die Bewunderung der Welt herausfordern - selbst die Bewunderung derer, die am wenigsten geneigt sind, den Feind von ehemals zu loben." (A.E. Douglas-Smith, Dozent an der Universität Cambridge, in der in Hamburg erscheinenden Zeitung "Die Welt")  
-----